

11
79

Union in Deutschland

Bonn, den 15. März 1979

Sicherheit vor Abrüstung

Die große sicherheitspolitische Debatte im Deutschen Bundestag in der vorigen Woche (8./9. März), hat keine Klarheit darüber gebracht, welchen Kurs die Bundesregierung in den unlöslich verbundenen Fragen Sicherheit und Abrüstung nun wirklich steuert. Bundeskanzler Schmidt blieb die Antwort schuldig. Helmut Kohl rief dem Bundeskanzler zu:

Sie, Herr Bundeskanzler, verlangen „Festigkeit der Regierung und Zivilcourage der Regierenden“, um die innenpolitischen Konflikte um unseren Verteidigungsbeitrag „ohne Schaden für unsere äußere Sicherheit zu bewältigen“. In der augenblicklichen Diskussion bestand Ihre Zivilcourage nur darin, allen Seiten Recht zu geben: Sie haben Herrn Genscher für seine Arbeit gedankt und sich mit Herrn Wehner einig erklärt, obwohl die Widersprüche zwischen beiden Positionen offensichtlich sind, und die Haltung der Bundesregierung unklar ist.

Wir halten eine Politik, die der Sicherheit und der Abrüstung die gleiche Priorität einräumt, für falsch. Für die CDU/CSU geht Sicherheit vor Abrüstung. Dient die Abrüstung der Sicherheit, müssen wir abrüsten.

SICHERHEITS-DEBATTE

Die Widersprüche bleiben, Herr Bundeskanzler! Seite 2

Aus dem Entschließungsantrag der CDU/CSU Seite 5

Aus dem Protokoll:
Von Fairneß keine Spur! Seite 7
Pressestimmen Seite 8

INFORMATION

Das europäische Währungssystem muß sich erst noch bewähren.
Seite 9

FAMILIE

CDU fordert stufenweise Einführung eines Familiengeldes
Seite 11

CDU-FRAUEN

Zukunft in Freiheit / Bericht vom Essener Kongreß Seite 13

ZUR SACHE

Wehnert Rohrkrepierer Seite 15

DOKUMENTATION

Die Regierung gewöhnt sich an Millionearbeitslosigkeit
grüner Teil

EUROPA

Deutsche wählt das freie und soziale Europa — gegen ein sozialistisches Europa
blauer Teil

■ SICHERHEITSDEBATTE IM BUNDESTAG

Helmut Kohl: Die Widersprüche bleiben, Herr Bundeskanzler!

In der Abrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag erklärte Helmut Kohl u. a.:

① Es ist die Aufgabe aller Allianzmitglieder, die sicherheitspolitische Lage — und zwar politisch und militärisch — gemeinsam so zu analysieren, daß sowohl die Allianz wie ihre Führungsmaßt in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich die notwendigen Entscheidungen treffen können und daß anschließend diese Beschlüsse die Unterstützung aller finden können.

② Eine Entscheidung der amerikanischen Regierung für den Bau bestimmter nuklearer Waffen darf nicht im Anschluß daran an der Frage ihrer Dislozierung scheitern.

③ Die Bundesrepublik Deutschland bestimmt über ihre Sicherheitsbedürfnisse selbst. Angesichts der Teilung Deutschlands, der Lage West-Berlins, angesichts unserer geopolitischen zentralen Lage in Europa und unseres freiwilligen Verzichts auf atomare Rüstung befinden wir uns in einer besonderen Sicherheitslage.

Wir müssen deshalb unsere eigenen Interessen im Bündnis wahrnehmen. Wir können uns weder hinter dem breiten Rücken der Amerikaner verstecken, noch können wir uns mit der Haltung unserer europäischen Nachbarn, wie z. B. der Niederlande, Belgiens oder Dänemarks herausreden. Sie befinden

sich in einer anderen sicherheitspolitischen Ausgangsposition.

Für uns heißt das:

— Wir entlassen die Vereinigten Staaten nicht aus ihrer Verantwortung für den atomaren Schutz Europas.

— Wir müssen dann aber bereit sein, getroffene Entscheidungen mitzutragen und auf unserem Territorium auszuführen.

④ Die Bundesrepublik Deutschland muß im Rahmen ihrer Möglichkeiten, im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit und im Rahmen der westlichen Allianz und der internationalen Organisationen ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa weltweit verstärkt leisten.

Sie, Herr Bundeskanzler, haben in Ihrem bereits zitierten Buch geschrieben:

„Je erfolgreicher die Weltpolitik der USA sich ausnimmt, um so mehr sind die Europäer bereit, die amerikanische Führungsrolle zu akzeptieren.

Je mehr diese aber Rückschläge, Gefahren und innere Sicherheit erkennen läßt, um so mehr verliert sie in Europa an Vertrauen und Zustimmung.“ (S. 196)

Herr Bundeskanzler, der Erfolg oder Mißerfolg amerikanischer Weltpolitik ist häufig genug auch vom Verhalten der amerikanischen Verbündeten, also auch von uns in der Bundesrepublik Deutschland, abhängig.

Ich frage Sie:

Was war denn die deutsche Politik bzw. der Beitrag der Westeuropäer beim Ablauf der Geschehnisse im Iran?

Was unternimmt denn die Bundesregierung, um die Friedensbemühungen des amerikanischen Präsidenten im Nahen Osten zu unterstützen? Wenn Präsident Carter scheitert, dann können doch morgen schon auch zentrale Interessen von uns mitbetroffen sein.

Sind es nicht häufig genug führende Mitglieder Ihrer Partei und Ihrer Regierung, die wie im Falle der Neutronenwaffe innenpolitisch Kampagnen anführen, die geeignet sind, den Anti-Amerikanismus zu schüren, die inneramerikanische Diskussion zu erschweren und der Sowjetunion als politischem Gegner Munition gegen Washington frei Haus liefern?

Sie selbst, Herr Bundeskanzler, haben doch darauf hingewiesen, welch ein

„kompliziertes, interdependentes System“ die Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik Deutschland darstellt, so daß man sie weder allein den Militärs noch „gutwilligen Idealisten“ überlassen dürfe. (S. 246)

Ich füge hinzu: man darf sie auch nicht den Ideologen in Ihrer Partei oder solchen Politikern überlassen, die wie Herr Wehner daraus nur geeignete Wahlkampfmunition gewinnen wollen — nach dem Motto: Die einen sind für den Frieden und deshalb für die Abrüstung, die anderen glauben nicht an die Harmlosigkeit der sowjetischen Rüstung und gefährden den Frieden.

Dieser Stil von Politik ist es doch, Herr Bundeskanzler, der immer dann zu den „innenpolitischen Konflikten“ führt, wenn es darum geht,

„unseren eigenen Beitrag zur gemeinsamen Abschreckung und Ver-

teidigung nicht zu vernachlässigen“. (S. 246)

Auch das sind Ihre Worte, Herr Bundeskanzler. Ich zitiere Sie deshalb immer wieder aus Ihrem Buch, weil Sie ja erst in diesen Tagen erklärt haben, daß Sie von Ihren dort geäußerten Auffassungen nichts zurückzunehmen haben.

Ich zitiere Sie aber auch deshalb, weil auf diese Weise immer wieder deutlich wird, wie wenig Sie in der Lage sind, Ihre Auffassungen in Ihrer eigenen Partei durchzusetzen.

Herr Wehner „bestreitet das, als ob von der Sowjetunion nur etwas drohe. Das, was sie hat, ist defensiv und nicht Aggression“. (WDR, 3. Februar 1979)

Herr Genscher erklärt:

„Wir unterstellen der gegenwärtigen sowjetischen Führung nicht die Absicht eines militärischen Angriffs auf Westeuropa.

Aber es ist evident, daß ihre militärischen Kräfte über das für die Verteidigung Notwendige hinausgehen. In der politischen Wirkung muß man zwischen möglichen Absichten und tatsächlichen Fähigkeiten zu unterscheiden wissen.“

Herr Wehner sagt:

Mit der Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland „wäre ein entscheidender Teil der Bemühungen... vertraglicher Sicherung nicht nur an geknackst, sondern könnte zerbrechen... In wessen Interesse kann das liegen, daß hier im Herzen Europas auch noch ein ganz akuter Krisenherd entsteht?“ (WDR, 3. Februar 1979)

Herr Genscher erklärt:

„Verteidigungsanstrengungen, die sich ausschließlich an der Verteidigungsfähigkeit orientieren und keine Überlegenheit anstreben, sind nicht entspannungsfeindlich. Die Entspan-

nung würde im Gegenteil gefährdet, wenn Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungswille nachließen.“ (Bulletin, 20. Februar 1979)

Herr Wehner sagt:

„Die westlichen Vorschläge bei den Wiener Truppenreduzierungsverhandlungen sind unzureichend, weil es vorwiegend Expertengespräche sind, in denen vorwiegend, wenn nicht gar ausschließlich Daten ausgetauscht und gegeneinander gestellt werden.“ (WDR, 3. Februar 1979)

Herr Genscher erklärt:

„Die Datendiskussion dient dazu, das Ziel der Parität in die Wirklichkeit umzusetzen ... Versäumt man das, so wäre dies kein guter Boden, auf dem Entspannung gedeihen kann.“ (Bulletin, 20. Februar 1979)

Herr Wehner sagt:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist der bremsende Faktor. Das sagen sowohl Amerikaner als auch — komischerweise — Briten, und auch andere. Ich weiß, wo die Schwachstelle der westdeutschen Präsentation der Außenpolitik liegt, ich kenne die Methoden des Außenministers Genscher und bin nicht damit einverstanden.“ (NRC-Handelsblad, 3. Februar 1979)

Herr Genscher erklärt:

„Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland findet in West und Ost eine positive Würdigung.“ (Bulletin, 20. Februar 1979)

Mit Recht fügt Kollege Genscher hinzu:

„Es dürfen weder im Westen noch im Osten Unsicherheiten über die Grundziele unserer Außenpolitik auftreten.“

Aber meine Damen und Herren von der FDP, es ist doch Ihr Koalitionspartner, der für diese Unsicherheit sorgt; es sind Herr Wehner, Herr Bahr, Herr Brandt, Herr Ehmke, die Ihre Politik in Frage stellen. Und der Bundeskanzler trägt nicht zu mehr

Klarheit bei, wenn er dem Außenminister dankt und gleichzeitig die völlige Übereinstimmung mit Herrn Wehner betont.

Letzteres brachte dem Herrn Bundeskanzler allerdings mehrfach die Bestätigung seiner militär- und sicherheitspolitischen Expertenschaft durch Herrn Wehner ein. Herr Kollege Wehner, Sie waren sich einer positiven Einschätzung Ihrer Äußerungen durch den Herrn Bundeskanzler so sicher, daß Sie diese Belobigung nicht häufig genug wiederholen konnten.

Es sind die Koalitionsparteien, die draußen in der NATO, in den Vereinigten Staaten von Amerika für die entstandenen Unsicherheiten über den deutschen Weg in der Außen- und Sicherheitspolitik verantwortlich sind. Es zeugt dann allerdings von wenig Mut, wenn der Außenminister die Position seines eigenen Hauses mit der Begründung klarstellen läßt,

daß „von östlicher Seite in Wien“ an der Verhandlungsführung der deutschen Delegation „öffentlich Kritik geübt“ worden sei. (Bulletin, 14. Februar 1979)

Aber warum sollten die Kollegen von der FDP die Probleme beim Namen nennen, wenn dies selbst der Bundeskanzler nicht tut? Lieber vernebelt man mit.

Herr Bundeskanzler, hätten Sie doch einmal in diesen Tagen Ihre Worte von 1969 öffentlich wiederholt. Ich darf das für Sie an die Adresse von Herrn Wehner tun. Sie sagten damals:

„Wer in der heutigen Lage Illusionen verbreitet und meint, er könne Sicherheit und Bündnis klein schreiben, wenn er nur Entspannung groß schreibe, könnte gleichfalls unsere Freundschaften und Bündnisbindun-

Das fordert die CDU/CSU

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf: In ihrer Sicherheitspolitik gemeinsam mit den Verbündeten eine ausgewogene Kombination von notwendiger Verteidigungsvorsorge und möglicher Rüstungsbegrenzung anzustreben, um bestehende oder drohende Ungleichgewichte im militärischen Kräfteverhältnis auszugleichen.

Insbesondere dafür zu sorgen,

- daß umgehend die notwendigen Entscheidungen zur Entwicklung, Produktion und Stationierung von Mittelstreckenwaffen (z. B. Pershing-II-Raketen, Cruise missiles) getroffen werden, um die Abschreckungsfähigkeit der NATO in Europa glaubwürdig zu erhalten;
- daß die im „Langfristigen Verteidigungsprogramm“ der NATO vorgesehene Nachrüstung und Modernisierung im konventionellen und taktisch-nuklearen Verteidigungspotential der NATO ohne Zögern durchgeführt wird;
- daß über Produktion und Stationierung der für die Abwehr östlicher Panzerüberlegenheit besonders erforderlichen „Neutronenwaffe“ entschieden wird.

Bei den MBFR-Verhandlungen

- ohne selbstgesetzten Zeitdruck und ohne weitere westliche Vorleistungen weiterzuverhandeln;
- dabei die gemeinsamen Verhandlungsziele der NATO unabirrt und unverfälscht aufrechtzuerhalten;
- insbesondere sich jeder Form der Festschreibung der sowjetischen Überlegenheit im Reduzierungsraum zu widersetzen und jeglichem sowjetischen Mitspracherecht über die Stärke der Bundeswehr und einem daraus folgenden militärischen und politischen Sonderstatus der Bundesrepublik Deutschland entgegenzuwirken.

gen aufs Spiel setzen — ohne irgend etwas zu gewinnen ...

Wer sich selbst in das Ansehen bringt, bei längerem Hinhalten billiger zu werden, kann nicht erwarten, daß seine Positionen überhaupt ernst genommen werden.“ (S. 231)

Wir hätten uns gewünscht, Herr Bundeskanzler, daß Sie sich an diese Maximen politischen Handelns in der gegenwärtigen Situation wieder erinnern würden.

Aber es ist nicht zu spät. Herr Wehner hat sein öffentliches Spiel noch nicht beendet. Er hat sich auch diesmal nicht von seinem Talent abbringen lassen, gerade im Ausland — und es ist immer

das östliche — wie jetzt wieder in Ungarn die deutsche und westliche Verhandlungsführung in Wien zu bemäkeln. Er hat auch diesmal für seine kommunistischen Gesprächspartner „großes Verständnis“ gehabt (DLF, 1. März 1979).

Herr Bundeskanzler, hier geht es um mehr als nur um einige Mißverständnisse oder unterschiedliche Akzentsetzungen.

Hier geht es um Grundsatzentscheidungen unserer Außen- und Sicherheitspolitik.

Es geht erstens um das Verhältnis von Sicherheit und Abrüstung.

Es geht zweitens um das Verhältnis von Sicherheit und Entspannung.

CDU/CSU sind immer für eine Politik der Rüstungskontrolle und Abrüstung eingetreten. Das Ausmaß der weltweiten Aufrüstung ist erschreckend und angesichts von Millionen hungernden Menschen ein Skandal.

Für die CDU/CSU gibt es deshalb klare Kriterien für eine Politik der Rüstungskontrolle und Abrüstung.

- 1. Sie muß dem Frieden dienen;**
- 2. sie darf eine Politik der Androhung, Anwendung oder Manifestation von Gewalt nicht ermutigen;**
- 3. sie muß Gleichgewicht und Stabilität global und regional wahren und wenn dieses gestört ist, wiederherstellen.**

Ich habe schon einmal gesagt, es geht uns nicht darum, unsererseits das Gegen teil zu beweisen und der Sowjetunion aktuelle Kriegsabsichten zu unterstellen.

Um was es uns geht, will ich ebenfalls, wie Herr Wehner, mit Zitaten dokumentieren:

„Der Einmarsch in die CSSR hat Westeuropa... menschlich erschüttert“ und „auch die Besorgnis vor einer aggressiven Sowjetunion erneut hervortreten lassen. Die völlig irrite sowjetische Erwartung der Reaktion bei den Völkern der CSSR muß eine Wiederholung sowjetischer Beurteilungs- und Führungsfehler in anderen Zusammenhängen als möglich erscheinen lassen.“ (S. 48)

So Helmut Schmidt.

„Wenn die Direktionslosigkeit im Westen andauern sollte, ... so könnte die bisherige Bewahrungs- und Konsolidierungsstrategie der Sowjetunion sich sogar in eine Expansionsstrategie zurückverwandeln — ein ideologischer Boden dafür ist in

der Breschnew-Doktrin vorbereitet.“ (S. 50)

So Helmut Schmidt.

„Die eigene Strategie muß ein irrationales Handeln des Gegners als möglich in Rechnung stellen.“ (S. 65.)

So Helmut Schmidt.

„Der Verteidiger darf sich nicht nur auf die gegenwärtig von ihm analysierten Absichten des Gegners stützen bei der Bemessung seiner eigenen Verteidigungsanstrengungen, sondern er muß auch die zukünftigen Möglichkeiten oder Fähigkeiten des Gegners in seine Kalkulation einbeziehen.“ (S. 117)

So Helmut Schmidt.

Diese Zitate zeichnen in eindrucksvoller Weise unsere Bedenken nach. Nur sind wir jetzt nicht mehr sicher, Herr Bundeskanzler, ob Sie diese Überzeugung noch haben und wenn dies so ist, ob Sie sie in Ihrer Partei auch durchsetzen können.

Ihre Durchsetzungskraft in Ihren eigenen Reihen — auch gegenüber Ihrem Parteifreund Wehner — ist das Kriterium, an dem Sie sich politisch messen lassen müssen.

Die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen der SPD und uns beginnen also nicht erst bei der Frage, was ist jetzt zu tun, sondern bereits bei der Beurteilung des sowjetischen Rüstungspotentials, bei der Beurteilung der Orientierung sowjetischer Politik und der zukünftigen Entwicklung in der Sowjetunion.

Die gegenwärtige Führungsgruppe im Kreml ist aufgrund ihrer Erfahrungen gegenüber den Gefahren eines Dritten Weltkrieges risikobewußt. Wir wissen nicht, ob dies auch bei den Sowjetführern der Fall sein wird, die in absehbarer Zeit an ihre Stelle treten werden. Der Westen sollte sich

Aus dem Protokoll:

Von Fairneß keine Spur

Vizepräsident Frau Renger: Als letzter gemeldeter Redner hat Herr Abgeordneter Dr. Dregger das Wort.

Dr. Dregger (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In einer nun schon etwa vier Stunden andauernden Debatte ist bisher ein einziger Sprecher der Opposition zu Wort gekommen; ich bin der zweite.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: So sind die Fairneßhaltungen!)

Meine Damen und Herren, in diesem Hause stehen sich die Regierung und zwei Regierungsfraktionen auf der einen Seite und die stärkste Fraktion dieses Hauses auf der anderen Seite gegenüber.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich frage Sie, ob es demokratischem Stil entspricht und ihrem Gefühl für Fairneß, wenn der Bundeskanzler sein Rederecht, das ihm formal selbstverständlich unbegrenzt zur Verfügung steht, dazu mißbraucht, von den vier Stunden allein zwei Stunden für sich selbst in Anspruch zu nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es wäre eine Unterschätzung Ihrer Qualitäten, Herr Bundeskanzler, wenn man glauben müßte, Sie seien nicht in der Lage, Ihre Gedanken zusammenzufassen und das, was zu diesem Thema zu sagen ist, in einer Stunde darzulegen. Was Sie gemacht haben, war Filibustern und nichts anderes.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es kommt hinzu, daß Sie die anstehenden Fragen des Bündnisses, die Fragen, die wir aufgeworfen haben, die Fragen insbesondere die der Herr Wehner in Ungarn und anderswo aufgeworfen hat, überhaupt nicht beantwortet haben.

Sie haben heute ein Seminar über Verteidigungslehre und Entspannungslehre gehalten, das sicherlich in Passagen ganz interessant gewesen ist.

Ihrer Aufgabe als Kanzler sind Sie in dieser wichtigen Frage in der Sicherheits- und Abrüstungsdebatte des Deutschen Bundestages unserer Auffassung nach nicht gerecht geworden.

**hüten, durch eine Beschwichtigungs-
politik zu einer Verminderung dieses
Risikobedürfnisses beizutragen.**

Gerade, weil wir verhindern wollen, daß die Bundesrepublik Deutschland in den Verdacht gerät, in Westeuropa eine neue Hegemonie anzustreben, fordern wir die Bundesregierung auf, die Entspannungspolitik und ihre Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht zweiseitig mit der Sowjetunion,

sondern multilateral im Rahmen der westlichen Allianz und innerhalb der europäischen politischen Zusammenarbeit zu betreiben.

Jeder Versuch, das Bündnis in seiner Bedeutung zu schwächen, die Bindungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika zu lockern, um ein Sonderverhältnis mit der Sowjetunion zu schaffen, wird auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen.

Und das schreibt die Presse

Am Donnerstag haben wir im Bundestag einen neuen Helmut Kohl erlebt. Schlagfertig, witzig, gelassen. Die spontane Zustimmung der Deutschen zu seiner Fernsehschlacht in den Niederlanden scheint ihn ermutigt zu haben. Auch die einmütige Nominierung von Carstens zeigt ihre Wirkung.

Kohl fertigte Wehner souverän ab und brachte den Bundeskanzler in arge Verlegenheit, als er Wehner und Genscher zum Thema Abrüstung zitierte und hinzufügte, daß Schmidt das Kunststück fertigbringe, beiden recht zu geben.

Münchener Merkur, 9. 3. 1979

Der erste Tag der Abrüstungsdebatte war der Tag der Opposition. Und das nutzte Helmut Kohl. Voller Sachkenntnis deutete er dann die Sicherheitspolitik seiner Partei. Witzig, ironisch, zahllose sich widersprechende Zitate der Koalition genüßlich vorlesend, warf Kohl dem Kanzler Führungsschwäche in der Verfolgung der Sicherheitspolitik vor.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. 3. 1979

Mit so viel Beifall wie in der Abrüstungsdebatte ist Helmut Kohl von seiner Fraktion schon lange nicht mehr verwöhnt worden. Das war nicht nur Rückenstärkung nach einem Wortwechsel zwischen dem Oppositionsführer und der amtierenden Präsidentin Anneliese Renger, sondern auch Anerkennung, daß er eine gut aufgebaute Rede hielt.

Süddeutsche Zeitung, 9. 3. 1979

„Wenn die Sowjetunion fortfährt, die Entspannungspolitik als ein Instrument zur

Destabilisierung des Westens und zur Tarnung ihrer Aufrüstung zu mißbrauchen, fördert sie eine Politik der Spannungen.“ Dieser Satz in Oppositonsführer Helmut Kohls beachtlicher Bundestagsrede zur Abrüstung beschreibt in erster Linie gar nicht mehr das problematische Kräfteverhältnis zwischen Bundesrepublik und Sowjetunion, zwischen West und Ost. Die Worte markieren den einen Teil eines zunehmend unversöhnlichen „Glaubenskrieges“ zwischen CDU/CSU und SPD/FDP über die Verteidigungspolitik.

Kölnische Rundschau, 9. 3. 1979

Lambsdorffs Rede bewies, daß es nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern auch der Sicherheitspolitik zwischen Opposition und Liberalen einen größeren Vorrat an Gemeinsamkeiten gibt als mit dem sozialdemokratischen Koalitionspartner, der nach Wehners Paukenschlägen von einer heillosen Verwirrung befallen ist. In dieser Wunde, den sicherheitspolitischen Widersprüchen der SPD, bohrt der CDU-Vorsitzende Kohl, der gestern einen guten Tag hatte.

General-Anzeiger, Bonn, 9. 3. 1979

Mit seinen Ausfällen gegen Helmut Kohl und seinen mehrmaligen Hinweisen, er habe das Problem, das der Mann aus Rheinland-Pfalz plötzlich als dringlich ansehe, schon vor zehn Jahren erkannt, hat Schmidt allerdings die Selbstschätzung fast zur Karikatur überhöht. Ein Politiker von den Fähigkeiten des Bundeskanzlers sollte sich von Überheblichkeit freimachen können.

Süddeutsche Zeitung, 10. 3. 1979

■ INFORMATION

Der Wähler wird wieder getäuscht

Wie der SPD-Vorsitzende Brandt, Spitzenkandidat für seine Partei für die bevorstehende Europawahl dem „Spiegel“ in einem Interview mitgeteilt hat, wird er sich im zukünftigen Europäischen Parlament an keiner Ausschusarbeit beteiligen. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Europapolitik“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Egon Klepsch bemerkte hierzu: Der durch viele Posten geplagte SPD-Chef möchte zwar in das Europaparlament, aber dort arbeiten: das geht doch wohl zu weit.

In dem gleichen Interview ließ es Brandt offen, wie lange er dem Europäischen Parlament angehören will. Für ihn genügt es, wenn er „das in Gang bringen“ kann. Wie viele Beobachter seit langem vermutet haben, steht Willy Brandt nicht wirklich für das Europäische Parlament zur Verfügung. Er ist von seiner Partei auseinander, mit seinem Namen Wählerstimmen für die SPD zu sammeln, um nach der Wahl dem Europäischen Parlament den Rücken zu kehren. Die Irreführung des Wählers wird damit erneut zum Wahlkampfmittel der SPD erhoben.

EWS muß sich erst bewähren

Nach langem deutsch-französischen Streit um den Währungsausgleich für die Landwirtschaft soll das Europäische Währungssystem mit zweieinhalbmonatiger Verspätung in Kraft treten. Diese Begleitumstände sind nicht gerade geeignet, Skepsis und Bedenken zu zerstreuen und Vertrauen in den neuen Währungsverbund zu schaffen. Noch ist

nicht abzusehen, ob nunmehr eine tragfähige, solide und dauerhafte Lösung gefunden werden konnte, erklärt der finanzpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, MdB Hansjörg Häfele.

Das Vertrauen in das EWS ist auch deshalb eher geringer geworden, weil die wichtigsten Teilnehmer-Länder mittlerweile wieder vom Stabilitätskurs abgekommen zu sein scheinen. Jedenfalls weisen in den letzten Monaten die Inflationskurven in Italien und Frankreich wieder steil nach oben. Unter diesen Umständen ist es mehr als zweifelhaft, ob es der Bundesrepublik gelingen wird, sich innerhalb des Verbundes vom Inflationszug abzukoppeln. Dies kann auf Dauer nur gelingen, wenn in der Regel die schwachen Währungen zur Stützung ihrer Kurse selbst intervenieren müssen.

Ein Europa, das zu einer Inflationsgemeinschaft wird, ist kein starkes Europa. Es gilt deshalb, das Funktionieren des Europäischen Währungssystems in der zweijährigen Erprobungsphase kritisch zu begleiten, Mängel frühzeitig zu erkennen und diese zu beseitigen. Die CDU/CSU ist bereit, daran verantwortlich mitzuwirken.

FDP ohne Judos im Europa-Wahlkampf

Die Deutschen Jungdemokraten werden im Wahlkampf für die ersten europäischen Direktwahlen im Juni dieses Jahres ihre „Mutterpartei“ FDP nicht unterstützen. Das hat die Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten während ihrer dreitägigen Sitzung in Duisburg-Wedau beschlossen. Der wiedergewählte Bundesvorsitzende Christoph Strässer erklärte dazu, die Spitzenkandidaten der FDP würden ausnahmslos nicht unterstützt.

FDP „überflüssig wie ein Kropf“

„Für überflüssig wie ein Kropf“ hält der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Reinhard Schultz, laut „Süddeutscher Zeitung“, die Freie Demokratische Partei. Schultz vertrat im Südwestfunk die Ansicht, es sei für SPD-Wähler wenig sinnvoll, der rheinland-pfälzischen FDP Stimmen zu „leihen“ und dann auf die FDP als Koalitionspartner zu hoffen. Die Verhältnisse seien für die SPD viel leichter, wenn die FDP von der politischen Bildfläche verschwinden würde.

DGB-Organ belehrt Wehner

Die DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ hat den Vorschlag des SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Wehner, den Bundespräsidenten vom Volk wählen zu lassen, entschieden zurückgewiesen. Für eine solche Verfassungsänderung sei die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit innerhalb der nächsten Monate mit Sicherheit nicht zu erreichen, „abgesehen von der Frage, ob Wehnens Vorpflatten verfassungrechtlich weise war“. Von bösen Erfahrungen der Weimarer Zeit belehrt, hätten die Schöpfer des Grundgesetzes „das plebisitäre Element ganz bewußt ausgeschaltet“. Das DGB-Blatt zitiert den SPD-Politiker Carlo Schmid: „Weimar ist kaputtgegangen am Reichspräsidenten, der vom Volk gewählt wurde.“

Zusammenarbeit mit dem CGB

Auf Einladung des Generalsekretärs der CDU fand in Bonn ein Spitzengespräch zwischen Vertretern der CDU und des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) statt, an dem neben Heiner Geißler unter anderem der Vorsitzende der

Sozialausschüsse der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Norbert Blüm, MdB, und der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller Remscheid, MdB, und für den Christlichen Gewerkschaftsbund der Bundesvorsitzende, Günther Volmer, MdB, teilnahmen. Bei dem Gespräch wurde grundsätzlich über das Verhältnis der Parteien zu den Gewerkschaften und hier besonders über Fragen des Verhältnisses und der möglichen Zusammenarbeit zwischen CDU und CGB diskutiert. Dabei wurde in den besprochenen Sachfragen weitgehende Übereinstimmung erzielt.

U-Bahn-Netze: Gigantische Fehlinvestition

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Ferdi Breidbach hält es für unvertretbar, die U-Bahn-Netze weiter auszubauen, wenn sich herausstellt, daß die bisher bekanntgewordenen Ergebnisse von Untersuchungen des Frankfurter Batelle-Institutes einen Kosten-Nutzen-Effekt verneinen, es für verkehrspolitisch fragwürdig halten und gegenüber vergleichbaren Systemen (Straßenbahn) einen höheren Energieverbrauch feststellen. Zur Aufhellung dieses Sachverhaltes hat Breidbach die Bundesregierung gefragt, welche Konsequenzen sie aus den Ergebnissen im Hinblick auf die Finanzhilfe des Bundes für den Ausbau der U-Bahn-Netze im Ruhrgebiet ziehe und ob sie den Ausbau und Neubau von U-Bahn-Netzen im Ruhrgebiet weiterhin für erforderlich halte, obwohl zwischenzeitlich erkannt worden sei, daß ihr verkehrspolitischer Nutzen ebenso in Frage gestellt sei wie die Finanzierung der Folgekosten.

■ FAMILIENPOLITIK

CDU fordert: Stufenweise Einführung eines Familiengeldes

Mit großer Mehrheit (3 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen) haben die Abgeordneten der CDU, an der Spitze Helmut Kohl, am Dienstag (13. März 1979) den Entwurf eines Gesetzes über die stufenweise Einführung eines Familiengeldes verabschiedet und am gleichen Tag im Bundestag eingebracht. Nachfolgend erläutert MdB Heinz Franke, sozialpolitischer Sprecher der Fraktion, die Maßnahmen, die dieser Gesetzentwurf vorsieht.

1 Mit Wirkung vom 1. Juli 1979 soll ein Familiengeld von 400 DM monatlich an Familien mit einem Kind unter eineinhalb Jahren geleistet werden, wenn ein Elternteil im Interesse der Betreuung und Erziehung des Kindes auf eine nennenswerte Erwerbstätigkeit verzichtet. Dieses Familiengeld ist nicht an Einkommensgrenzen gebunden.

Ein erhöhtes Familiengeld von höchstens 840 DM monatlich soll alleinerziehenden Elternteilen und Ehepaaren mit geringen Einkünften gezahlt werden, um sie von der Sozialhilfe unabhängig zu machen. Im Einzelfall wird dieses erhöhte Familiengeld so hoch ange setzt, daß es zusammen mit anderen Einkünften für einen alleinerziehenden Elternteil ein Gesamteinkommen von 960 DM, für ein Ehepaar ein verfügbares Einkommen von 1 320 DM sichert. Bei der Berechnung des Anspruches werden alle sonstigen Einkommen mit

Ausnahme von Wohngeldansprüchen angerechnet.

Das Familiengeld wird auch an solche Familien gezahlt, deren Kinder ab 1. Januar 1978 geboren sind — und zwar so lange, bis ein Kind 18 Lebensmonate vollendet hat. Das Familiengeld soll wahlweise der Mutter oder dem Vater zustehen. Ein Anspruch besteht nicht nur für leibliche Kinder, sondern auch für ehelich erklärte Kinder, für an Kindes Statt angenommene Kinder und für Stiefkinder.

Grundsätzlich wird ein Familiengeld auch für Kinder zwischen 1½ und 3 Jahren für wünschenswert gehalten. Die Einführung des Familiengeldes für diese Kinder (gegebenenfalls mit Zwischenstufen) soll jedoch dem Gesetzgeber überlassen bleiben.

2 Hat ein Familiengeldberechtigter eine vorherige Arbeitnehmertätigkeit für den Zeitraum des Bezuges von Familiengeld unterbrochen, so hat er einen Anspruch auf bevorzugte Wiedereinstellung bis zu drei Monaten nach Auslaufen des Anspruches auf Familiengeld beim früheren Arbeitgeber. Im übrigen wird nach dem Gesetzentwurf die dreijährige Rahmenfrist nach dem Arbeitsförderungsgesetz für die Geltendmachung von Ansprüchen auf Arbeitslosengeld um den Zeitraum des Bezuges von Familiengeld verlängert, so daß Familiengeldberechtigte, die wieder eine Arbeitnehmertätigkeit aufnehmen wol-

len, aber weder beim früheren noch bei einem anderen Arbeitgeber Beschäftigung finden können, Anspruch auf Arbeitslosengeld haben.

③ Familiengeldberechtigte werden zu Lasten des Bundes in der sozialen Krankenversicherung versichert, sofern nicht (z. B. über die Familienhilfe) ein Versicherungsschutz gewährleistet ist.

④ Auf eine Vorschrift hinsichtlich der Anrechnung der Zeiten des Bezugs von Familiengeld in der gesetzlichen Rentenversicherung wurde im Rahmen dieses Gesetzentwurfes verzichtet. Eine entsprechende Vorschrift soll aber nach den Vorstellungen der CDU/CSU im Rahmen der anstehenden Gleichbehandlung von Mann und Frau bei der Hinterbliebenenversorgung in das Rentenrecht eingebaut werden.

⑤ Kosten und Finanzierung:

Der jährliche Finanzaufwand beläuft sich auf 0,9 Milliarden DM in 1979 (davon vom Bundeshaushalt bereits gedeckt 0,45 Milliarden DM) und auf 3,68 Milliarden DM für 1980. Der Aufwand für 1981 und 1982 wird auf 3,28 Milliarden DM vorveranschlagt.

Diesen rechnerischen Mehrbelastungen stehen Entlastungen bei der Sozialhilfe, bei den Ausgaben nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz gegenüber. Außerdem tritt ein Entlastungseffekt auf dem Arbeitsmarkt mit entsprechenden Minderausgaben für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe von insgesamt mehr als 500 Millionen DM jährlich ein.

⑥ Die wesentlichen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen des Gesetzentwurfes:

Das Familiengeld soll

■ dem Kind grundsätzlich in den ersten drei für seine spätere Entwicklung entscheidenden Lebensjahren einen El-

ternteil als ständige Bezugsperson sichern;

■ den Verzicht eines Elternteiles auf Einkommen aus Erwerbstätigkeit erleichtern;

■ in Schwangerschaftskonfliktsituativen die Entscheidung für das Kind erleichtern;

■ dem immer noch anhaltenden rückläufigen Geburtentrend entgegenwirken — auch als Voraussetzung für die langfristige Gewährleistung des Generationenvertrages in der Alterssicherung;

■ dem sonst zwangsläufigen Trend entgegenzuwirken, daß ein ständig wachsender Anteil der Kleinkinder unter drei Jahren wegen des Zwanges zur Erwerbstätigkeit beider Elternteile oder eines alleinerziehenden Elternteiles in Kinderkrippen betreut werden muß.

Ausschließlich aus finanziellen Gründen sollen zunächst nur Kinder bis zu 1½ Jahren einbezogen werden. Das Familiengeld schafft für einen großen Teil der Familien überhaupt erst die Voraussetzungen für Pflege, Betreuung und Erziehung eines Kleinkindes in der eigenen Familie. Deshalb erscheint Kritik dahingehend, das Familiengeld sei Ausfluß versorgungsstaatlichen Denkens, unbegründet, wenn sich sonst als Alternative die Überantwortung auch von Kleinstkindern in außerfamiliale Einrichtungen zunehmend durchsetzt.

Die staatliche Förderung der Familie auch über die Neueinführung eines Familiengeldes stärkt durch Anerkennung und Förderung der Erziehungsleistung die Erziehungskraft der Familien. Dies entspricht einem ethischen und anthropologischen Grundverständnis, nach dem die Entfaltung des Menschen am besten in der Familie möglich und über sie zu fördern ist.

■ FRAUENVEREINIGUNG DER CDU

Zukunft in Freiheit

Unter diesem Motto tagte der 11. Bundesdelegiertentag der Frauenvereinigung der CDU am 10./11. März 1979 im Städtischen Saalbau in Essen. „Freiheit“, erläuterte die Vorsitzende, Dr. Helga Wex, MdB, „heißt nicht nur Frieden, sondern bedeutet Freiheit des einzelnen im täglichen Leben ohne bürokratische Gängelei, ohne staatliche Bevormundung und gesellschaftliche Übergriffe in die Familien.“

Diese Freiheit bedeutet auch die freie Wahl zwischen Entfaltung in der Familie oder in einer außerhäuslichen Berufstätigkeit oder in der Verbindung von beiden. Diese Freiheit beinhaltet Partnerschaft, die nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch im europäischen Rahmen ausgebaut und verteidigt werden muß.“

In ihrem Rechenschaftsbericht ging Helga Wex auf die aktuelle Politik ein. Als Beispiel für eine verfehlte Politik nannte sie insbesondere die kinder-, jugend- und familienfeindliche Politik der Bundesregierung, die auch angesichts der Bevölkerungsentwicklung bevölkerungspolitische Abstinenz übe. In der Politik für die Frau bevorzuge die SPD nach wie vor das sozialistische Modell der Erwerbstätigkeit. Dies mache z. B. der Gesetzentwurf zum Mutterurlaub deutlich.

Angesichts der Europawahlen am 10. Juni 1979 betonte Helga Wex: „Wir Christdemokraten haben den Eini-

gungsprozeß begonnen. Wir müssen ihn nun gegen eine Volksfront von links und Extremisten von rechts sichern. Deshalb müssen wir den Bürgern verdeutlichen, wie wichtig es ist, daß sie zur Wahl gehen und sich richtig entscheiden.“

Ein Schwerpunkt der Diskussion war die Frage der Bevölkerungsentwicklung. Der Delegiertentag diskutierte aufgrund eines Grundsatzreferats von Prof. Guy Kirsch, Fribourg (Schweiz): „Zukunftsperpektiven der Gesellschaft — Bevölkerungsentwicklung und ihre Folgen für die Politik“ und eines Antrags des Bundesvorstands, den der Delegiertentag verabschiedete. In diesem Beschuß heißt es: „Aktive Familienpolitik ist für die CDU eine entscheidende Grundlage einer freien und humanen Gesellschaft. Bevölkerungspolitik dagegen muß sich begrenzen auf die politische Gestaltung der Rahmenbedingungen, unter denen Ehepartner eine freie Entscheidung über ihren Wunsch nach Kindern treffen können.“

Die Rahmenbedingungen beeinflussen die Bevölkerungsentwicklung und schlagen sich atmosphärisch in den Familien nieder, die die Entscheidungen über die Realisierung der Kinderwünsche treffen. Diese Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland verschlechtert. Das hat u. a. zu einem rapi- den Geburtenrückgang geführt.“

Der 11. Bundesdelegiertentag der Frauenvereinigung fordert deshalb die

Bundestagsfraktion von CDU und CSU auf, ein Programm zur Stärkung der Familie und Verbesserung der Situation der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland zu beschließen.

Darüber hinaus forderte der Delegiertentag die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, als Einstieg in das Erziehungsgeld einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Familiengeldes vorzulegen, um zu erreichen, daß alle Mütter — die erwerbstätigen ebenso wie die innerhalb der Familie tätigen Mütter — sich mehr Zeit leisten können für die Erziehung des Kleinkindes. Auch Helmut Kohl sprach sich auf der Kundgebung am Ende des Delegiertentages dafür aus. Er bezeichnete die Familienpolitik als „Thema aller Themen“ in der Bundesrepublik Deutschland und meinte, der Regierungsentwurf zum Mutterschaftsurlaub lasse noch „den alten Muff des sozialistischen Emanzipationsmodells“ erkennen.

Weitere hauptsächliche Diskussionspunkte waren die „Probleme der Frauenarbeitslosigkeit“, „Politik für das Kind“ und „Kritischer Umgang mit Hörfunk und Fernsehen“, die in drei Arbeitskreisen erörtert wurden.

Zum Abschluß des Delegiertentages fand eine Großkundgebung in Zusammenarbeit mit der Landes- und Kreispartei statt, auf der Helmut Kohl sprach. Zur Eröffnung dieser Kundgebung stellte Helga Wex die Kandidatinnen der CDU für die Europawahlen vor.

Dieser Delegiertentag war mit 290 stimmberechtigten Delegierten der größte seit Bestehen der Frauenvereinigung, die besonders in den Jahren seit 1972 rapide angewachsen ist. Heute sind rund 140 000 Frauen in der CDU, das sind 20,6 % aller CDU-Mitglieder. Eine große Zahl von Gästen nahm teil. Neben Vertretern der Bundes-, Lan-

des- und Kreispartei, den Kandidatinnen der CDU für das Europäische Parlament, vor allem Vertreter der Frauen- und gemischten Verbände. Aus dem Ausland sprachen Lady Elles als Vorsitzende der Europäischen Frauen-Union und Monique Badénès als Vizepräsidentin der Union Christlich Demokratischer Frauen ein Grußwort zu den Delegierten. In einer Resolution erklärte die Delegiertenversammlung ihre ganze Sympathie für alle Verfolgten in Nicaragua und sprach ihre Verbundenheit insbesondere aus für Mitglieder der Partido Social Cristiano, die Mitglied der Weltunion der Christlichen Demokraten und der Weltunion der Christlich-demokratischen Frauen ist und die besonders unter den Unterdrückungen und Verletzungen der Menschenrechte in Nicaragua zu leiden haben.

Bei den Wahlen zum Vorstand wurde Helga Wex mit überwältigender Stimmenzahl wiedergewählt. Sie erhielt 212 von 246 abgegebenen Stimmen. Ebenfalls wiedergewählt wurden die stellvertretenden Vorsitzenden Roswitha Verhülsdonk, Ursula Benedict, Irma Blohm. Neu in den Vorstand wurde die Kriminalbeamtin Erika Indenbirken aus Westfalen gewählt. Die übrigen Mitglieder des Vorstands, Leni Fischer, Ingeborg Förster, Christel Görgen, Hanna Renate Laurien, Marlene Lenz, Esther Mikfeld, Ingrid Obermüller-Kochs, Liselotte Pieser, Paula Riede, Eva-Brigitte Rudolph-Heger, Annemarie Schuster, Maria Stommel, Christel Uhlhorn und Dorothee Wilms wurden ebenfalls mit hoher Stimmenzahl wiedergewählt.

Anlässlich des Jahres des Kindes lag auf einem Stand während des Delegiertentages Material aus, das über die kinderfreundliche Politik der CDU in Bund und Ländern informierte und bis zum letzten Stück Interessenten fand.

Zur Sache:

Wehnert Rohrkrepierer

Abrüstung darf nicht unsere Sicherheit gefährden

Damit wir uns nicht mißverstehen: Die CDU ist für Entspannung und Abrüstung in Europa. Aber vorher müssen wir uns doch erst einmal ein paar Zahlen ansehen. Und die sehen so aus:

In den letzten zehn Jahren hat der Warschauer Pakt seine Angriffskapazität folgendermaßen erhöht:

	1968	1978	zusätzlich:
Panzer	14.000	19.750	5.750
Schützenpanzer	9.600	16.000	6.400
Geschütze	1.900	3.100	1.200

Das geht natürlich weit über das zur Verteidigung notwendige Maß hinaus.

SPD-Fraktionschef Wehner tut allerdings so, als sei das eine harmlose Sache. In welcher Welt lebt der Mann? Glaubt der SPD-Fraktionschef etwa, Moskau werde Vorleistungen des Westens, vor allem der Amerikaner, honoriern? Auf den vorzeitigen Verzicht der USA, den Bomber B1 und die Neutronenwaffe zu bauen, hat Moskau auch nicht reagiert.

Abrüstung ohne Sicherheit können wir jeden Tag haben. Aber Abrüstung mit Garantie für unsere Sicherheit ist ein zäher Prozeß. Sie ist nur dann möglich, wenn

der Ostblock endlich aufhört, nach politisch-militärischer Vormacht zu streben. So lange das nicht der Fall ist, wirken Wehnerts Äußerungen wie Rohrkrepierer, die uns im Westen um die Ohren fliegen und nur den Sowjets Vorteile verschaffen.

Noch einmal: Die CDU ist für den Frieden durch kontrollierte und ausgewogene Abrüstung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit. Das hat sie in der Zeit ihrer Regierungszeit oft genug unter Beweis gestellt:

- 1954 freiwilliger Verzicht auf die Herstellung von Atomwaffen;
- 1963 Beitritt zum teilweisen Teststoppabkommen (Verbot von Kernwaffenversuchen);
- 1966 Friedensnote der Regierung Erhard an alle Staaten mit konkreten Abrüstungsvorschlägen;
- 1968 Angebot der NATO in Truppenreduzierungsverhandlungen (MBFR) mit dem Warschauer-Pakt einzutreten;
- 1969 Memorandum zum Verbot biologischer und chemischer Waffen an den UNO-Generalsekretär.

Übrigens: Der Ostblock begann mit seiner vehementen Aufrüstung just zu dem Zeitpunkt, als SPD-geführte Bundesregierungen die vermeintliche Entspannungspolitik entdeckten.

CDU

**sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBOHR BEZAHLT

ZITAT

Stimmungsumschwung

In Bonn ist ein Stimmungsumschwung zugunsten der Opposition spürbar geworden. Wenige Tage vor den Landtagswahlen in Berlin und Rheinland-Pfalz erscheinen die Unionsparteien zuversichtlicher, die Koalitionsparteien SPD und FDP wirken pessimistischer als noch vor Wochen. Während in der Union selbst Kohl-Kritiker wie Biedenkopf einlenken — Biedenkopf sagte am Wochenende, die Frage der Trennung von Fraktions- und Parteivorsitz in der CDU sei nicht mehr aktuell —, regen sich bei SPD und FDP Sorgen über den Ausgang der Landtagswahlen. Man sieht sich überdies vor die immer dringender werdenden Fragen gestellt, wie man die personalpolitischen und persönlichen Nöte der Partei überwinden sowie sachpolitische Unterschiede überbrücken könnte.

Nach der SPD ist auch die FDP vor die Erkenntnis gestellt, daß sich ihr Partei-

vorsitzender nicht in bester gesundheitlicher Verfasung befindet.

Außenminister Genscher ist zwar wieder aus dem Krankenhaus entlassen worden, aber er fällt für mindestens sechs Wochen für die aktive Politik aus. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. 3. 1979

Gleich drei Schicksalsschläge trafen vergangene Woche die Bonner Regenten: Scheels Verzicht, Genschers Krankheit und Brandts Scheidung, so fürchten die Sozialliberalen, lassen beim Bürger kurz vor den Landtagswahlen in Berlin und Rheinland-Pfalz den Eindruck entstehen, die Koalition hätte ihre Spitzenpolitiker verschlossen... Die fast einstimmige Nominierung von Bundestagspräsident Karl Carstens als Unions-Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten hatte zwei Tage zuvor die letzte Hoffnung zerstört, FDP-Mann Walter Scheel könnte vielleicht doch noch für eine weitere Amtsperiode in der Villa Hammerschmidt bleiben und damit den Sozialliberalen die ungeteilte Staatsmacht erhalten. Innenminister Baum niedergeschlagen: „Ein Hauch von Machtwechsel ist in Bonn spürbar geworden.“

Der Spiegel, 12. 3. 1979

UiD

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.